

Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

Eine Konferenz der Verbandsvorstände der Gewerkschaften hat vom 5. bis 7. Juli in Berlin getagt. Nach einer Aussprache über die inneren Wirren in der sozialdemokratischen Partei wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz schließt sich der von der Generalkommission im „Correspondenz-Blatt“ veröffentlichten Erklärung, die sich gegen die Sonderbündelei richtet, an. Sie weist mit aller Entschiedenheit die Versuche zurück, die Arbeiterschaft in dieser kritischen Zeit zu Handlungen zu veranlassen, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen, Uneinigkeit und Zersplitterung in die Gewerkschaften tragen und die Einheit der sozialdemokratischen Partei zerstören können. Nur eine einig und geschlossene Partei kann die Interessen der gewerkschaftlichen Organisationen erfolgreich vertreten. Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiausschusses sowie von dem Parteivorstande eingenommen ist, für diejenige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen dient. Die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften, ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften geschaffen haben und erstreben.“

In der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“ bespricht der Gewerkschaftsführer August Winnig unter der Ueberschrift „Positive Arbeit“ den von der Generalkommission der Gewerkschaften für die Konferenz der Verbandsvorstände herausgegebenen Jahresbericht. Nach Ausbruch des Krieges gab die Regierung den Wunsch zu erkennen, daß die Gewerkschaften bei den sozialen Fürsorgemaßnahmen mitwirken möchten. Die Generalkommission der Gewerkschaften sagt jetzt in ihrem Bericht:

„Wir wissen wohl, daß es in der Arbeiterbewegung einzelne Personen gibt, die behaupten, das wäre nicht unsere Aufgabe gewesen; wer den Krieg verschuldet habe, solle auch für die Folgen aufkommen. Dieser törichten Auffassung konnte sich die Generalkommission nicht anschließen.“

Winnig hebt an der Hand des Berichts der Generalkommission hervor, in welchem Umfang ein Zusammenwirken der Gewerkschaften mit den Behörden während des Krieges erfolgt ist:

Die ersten Wochen brachten die größten Sorgen, es galt, dem Mangel an Arbeitskräften bei der Einbringung der Ernte und der riesigen Arbeitslosigkeit in den städtischen Industrien und Gewerben abzuhelpfen. Der erste Uebersießer hatte da manchen Schritt getan, der wohl gut gemeint war, aber in seiner Wirkung das Uebel nur verschlimmerte. Da war das Aufgebot der Jugend zu der Ernte. Da waren die Erlasse der Verwaltungsbehörden, in denen alle öffentlichen Betriebe zur Sparsamkeit ermahnt und naturgemäß zur Entlassung vieler Arbeiter bestimmt wurden. Da war die Einschränkung des Verbrauchs, die Annahme freiwilliger Hilfskräfte für öffentliche Dienste — alle jene dilettantenhaften Maßnahmen, die auf Vorstellung der Gewerkschaftsvertreter wieder rückgängig gemacht wurden. Dann aber galt es, positiv auf eine Besserung hinzuwirken. Vor allem kam es darauf an, Arbeitsgelegenheit zu schaffen und einen Ausgleich der Arbeitskräfte herbeizuführen. Das eine gelang nach mehreren Wochen des Uebergangs, das andere blieb ein Gegenstand dauernder Bemühungen. Bald erforderte die Regelung der Warenpreise und die Sicherung der Volksernährung die Mitarbeit der Gewerkschaften, dann galt es, die rückständigen Gemeinden zu besserer Arbeitslosenfürsorge zu veranlassen.